



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Aktionsbündnis Niederrheinappell e.V.
Gerade Str. 104
47475 Kamp-Lintfort

Ortsverband Wesel

Birgit Appels
Saturnweg 31
46487 Wesel
Tel. 0281-71064
birgit.appels@web.de

Wesel, den 12.07.2020

Ihre Mail v. 21.06.2020, Wahlprüfsteine

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Spiegels,

als Unterstützer des „Niederrheinappells“ beantworten wir gerne Ihre Anfrage (s. Anlage). Gleichzeitig erteilen wir Ihnen die Erlaubnis, die Antworten zu veröffentlichen.

Unter den folgenden Links können Sie ergänzend zur Beantwortung der Fragen einige Beispiele finden, wie sich Bündnis 90/Die Grünen zuletzt mit dem Thema „Kiesabbau“ im Rat der Stadt Wesel auseinandergesetzt haben:

<https://www.gruene-wesel.de/auskiesung-in-wesel-ausbremsen/>

<https://www.gruene-wesel.de/gemeinsamer-antrag-zum-thema-nachhaltigkeit-beim-kiesabbau/>

<https://www.gruene-wesel.de/gruene-gegen-populismus-beim-kiesabbau/>

<https://www.gruene-wesel.de/bedeutung-des-gindericher-feldes-fuer-die-kuenftige-trinkwasserversorgung/>

<https://www.gruene-wesel.de/fachvortrag-des-landesvorsitzenden-des-nabu-nrw-zum-eu-vogelschutzgebiet-unterer-niederrhein/>

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Birgit Appels, Paul-Georg Fritz

(Sprecher*in Bündnis 90/Die Grünen, OV Wesel)

Anlage:

Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl 2020 – Kiesabbau am Niederrhein

Entlastung der Region

Zu 1): Der Kiesabbau hat am Niederrhein - auch im Stadtgebiet Wesel - deutliche Spuren hinterlassen. Wir sehen schwerwiegende Konflikte insbesondere mit der Landwirtschaft, dem Grundwasserschutz sowie dem Natur- und Landschaftsschutz. Aber auch der Verkehr durch Kieslaster und die hierfür erforderliche Infrastruktur (Ausbau von Brücken und Straßen) stellen eine Belastung des Raumes dar.

Zu 2): Wir stehen zur Einführung des Kies-Euros auf Landesebene. Weiterhin fordern wir eine deutliche Erhöhung von Recyclingbaustoffen sowie eine verstärkte Erforschung alternativer Baustoffe. Zudem ist insgesamt eine Verringerung des Baustoffbedarfes anzustreben.

Zu 3): Wir halten eine deutliche Begrenzung von Abbauflächen auf Regionalplanebene für erforderlich. In einem gemeinsamen Antrag mit den Linken haben wir u.a. 2019 gefordert, eine Nachhaltigkeitsklausel für den Abbau von nichtenergetischen Rohstoffen in den Landesentwicklungsplan und die Landesgesetzgebung aufzunehmen, der u.a. eine Begrenzung und deutliche Reduzierung der jährlich zulässigen Abbaumenge von Lockergesteinen beinhaltet.

Zu 4): Wir sind gegen die Erhöhung des Versorgungszeitraum auf 25 Jahre.

Zu 5): Bei einer Bedarfsermittlung muss unterschieden werden, ob für den regionalen Bedarf oder für den Export ausgekieset wird. Hier alleine auf die Angaben der Kiesunternehmen zu vertrauen, halten wir für falsch. Dies muss auf Landesebene nachvollziehbar ermittelt und begrenzt werden.

Zu 6): Für die Mengenermittlung sollte der Exportanteil eine untergeordnete Rolle spielen. Hier geht es um Bedarfsermittlungen über einen langen Zeitraum, die nicht abhängig von dem Weltbedarf oder der Verdienstmöglichkeit der Kiesunternehmen gemacht werden sollten.

Zu 7): siehe 2

Zu 8): Wasserkörper orientieren sich nicht an Stadt- oder Kreisgrenzen. Hydrologische Gutachten müssen die maßgeblichen Kriterien berücksichtigen und mögliche Einflüsse und Auswirkungen umfassend widerspiegeln.

Tabuzonen

Zu 9 a-e): ja

Risiko minimierende Maßnahmen und Wiederherstellung

Zu 10): Wir unterstützen keine weiteren Verluste landwirtschaftlicher Flächen.

Zu 11): Wir unterstützen die derzeit geltenden Regelungen. D.h., die Wiederherstellung bzw. Rekultivierung der Flächen wird im jeweiligen Genehmigungsverfahren geregelt. Die Kosten muss der jeweilige Antragsteller tragen. Die Genehmigungsbehörde hat die Verpflichtung, die Wiederherstellung zu kontrollieren.

Alternativen zum Kiesabbau

zu 12): s. 2

zu 13): Öffentliche Aufträge sollten grundsätzlich auf ihre Nachhaltigkeit hin überprüft werden. D.h., sie müssen nicht nur wirtschaftlich sein, sondern auch ökologisch und sozial ausgewogen. Die Verwendung von Recyclingmaterial und alternativer Baustoffe kann dabei ein wichtiges Kriterium darstellen.

Zu 14): Bebauungspläne für Gewerbe- und Industriegebiete sollten die Ansiedlung derartiger Firmen grundsätzlich ermöglichen und hierfür Flächen ausweisen.